

Landesvorstand FDP Hamburg

Beschluss des Landesvorstands vom 31. August 2020

Der Liberalismus als Bollwerk gegen Rechtsextremismus

Als Freie Demokraten ist uns die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen die Feinde unserer Verfassung Pflicht und Herzensanliegen zugleich, deswegen stellen wir uns klar gegen jede Form von Extremismus.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus überlassen wir nicht der politischen Linken, sondern sie muss auch für uns Liberale ein zentrales Projekt sein. Wir verurteilen rechtsextreme Gewalttaten, bekämpfen aber auch die Narrative und ressentimentgeladenen Hassreden, die unser gesellschaftliches Klima vergiften und das Futter für Diskriminierung und Gewalt sind. Das rechtsradikale Werteverständnis ist geprägt von Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus sowie einer grundsätzlichen Demokratiefeindlichkeit. Die AfD bietet diesem Werteverständnis den Nährboden und die politische Heimat. Den Zuspruch zur AfD und ihre Wahl in alle deutschen Parlamente betrachten wir mit allergrößter Sorge um unser Land. Genauso wie unsere weltoffene Stadt, sind der Liberalismus, die Freie Demokratische Partei und unser Einsatz für die Freiheit des Einzelnen der größte Kontrast zur völkischen Ideologie und Hetze der AfD.

Die Annahme der Wahl zum Ministerpräsidenten, obwohl eine Mehrheit nur durch die Stimmen der AfD-Fraktion erreicht werden konnte, war deshalb ein großer Fehler. Liberale Politik darf niemals auf Stimmen am rechten Rand angewiesen sein. Wir Liberale streben bei Wahlen Mehrheiten für liberale Inhalte aus der politischen Mitte heraus an. Insbesondere auf kommunaler Ebene lehnen wir eine Fraktionsbildung mit der AfD auch dann ab, wenn die Anzahl der Mitglieder der Bezirksversammlung der FDP nicht für die Gründung einer Fraktion reicht. Freie Demokraten beteiligen sich nicht an Regierungen, die für die Übernahme der Regierungsverantwortung oder für zentrale Entscheidungen wie Haushaltsbeschlüsse auf die Zustimmung der AfD angewiesen sind. Für Ämter, die wir Freie Demokraten nur mit den Stimmen von Abgeordneten der AfD erreichen, treten wir nicht an, bzw. nehmen eine entsprechende Wahl nicht an. Wir begeben uns in keine Abhängigkeiten zu dieser Partei. Wir lehnen jede Form der Zusammenarbeit und Kooperation mit der AfD entschieden ab und übernehmen ihre ressentimentgeladene Sprache nicht. Wir reichen keine gemeinsamen Anträge mit der AfD ein und stellen uns konsequent ihren Versuchen entgegen, Gesetzgebungsprozesse und parlamentarische Abläufe zu unterminieren. Wir führen mit der AfD und ihr nahestehenden Organisationen keine Vernetzungs- und Austauschtreffen und keine gemeinsamen inhaltlichen Veranstaltungen durch. Bei externen Veranstaltungen, zu denen die FDP eingeladen wird, werden wir aber nicht absagen, weil die AfD eingeladen wird, sondern uns argumentativ mit ihnen auseinandersetzen. Eine frühere AfD-Mitgliedschaft führt in der Regel dazu, dass ein Mitgliedsantrag bei den Freien Demokraten nicht positiv entschieden wird, es sei denn, dass sich der Interessent/die Interessentin glaubhaft von der Partei abgrenzt. Eine verschwiegene AfD-Mitgliedschaft im Aufnahmeantrag stellt auch nach Aufnahme einen Ausschlussgrund dar.

Für uns ist klar: Es darf in Hamburg und in Deutschland keine Relativierung und Normalisierung der AfD geben.